

NR-WAHLEN 2023

WIR ERGREIFEN PARTEI UND SETZEN UNS EIN

**WAHLPLATTFORM
SP 60+ KANTON ZÜRICH**



**SP 60+
Kanton Zürich**



Wir ergreifen Partei und setzen uns ein

- für die Beseitigung der Armut – nicht nur, aber auch im Alter
- für die finanzielle und berufliche Unterstützung älterer Arbeitsloser
- für einen wirksamen Klimaschutz
- für ein friedenssicherndes Europa
- für Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft
- für eine existenzsichernde Altersvorsorge
- für altersgerechtes und bezahlbares Wohnen – und für hindernisfreie Wohnorte, öffentliche Räume, Verkehrsflächen
- für eine hochstehende und bezahlbare Alltagsunterstützung, Betreuung und Pflege

Um diese Anliegen in die Praxis umsetzen zu können, nehmen wir als Unterliste der SP Kanton Zürich an den Wahlen teil.

Was wir wollen und wofür wir kämpfen

Die **SP60+** bringt vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen und ihrer Lebenssituation die Sicht der älteren Generation in die nationale Politik ein.

Dabei ist uns die Würde aller, der jungen bis ganz jungen ebenso wie der älteren und alten Menschen besonders wichtig. Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben und politischen Geschehen bis ins hohe Alter teilzunehmen, sind zentrale Anliegen, für die sich die **SP60+** in Bern engagieren wird.

Beseitigung der Armut

Armut ist kein individuelles Problem. Sie kann uns alle treffen: 1,3 Millionen Bewohnerinnen und Bewohner der reichen Schweiz sind arm oder armutsgefährdet.

Armut ist kein Naturgesetz. Arbeitslosigkeit, Unfall, Krankheit oder Scheidung dürfen nicht zu materiellem Abstieg und Ausgrenzung führen. Die **SP60+** wird sich in Bern für einen starken Sozialstaat einsetzen, der das Abgleiten hart arbeitender Menschen in unverschuldete Armut ebenso verhindert wie die Anhäufung immer grösserer Vermögen beim reichsten Prozent der Bevölkerung.

Finanzielle und berufliche Unterstützung älterer Arbeitsloser

Das Recht auf Arbeit ist für die **SP60+** die wichtigste Bedingung für die Bekämpfung der Altersarmut.

Wer nach dem 50. Altersjahr aus dem Arbeitsmarkt gedrängt wird, soll während mindestens fünf Jahren Arbeitslosenentschädigung beziehen können.

Die **SP60+** wird sich zudem dafür einsetzen, dass ältere Menschen bei der Stellensuche speziell unterstützt werden und sich weiterbilden können, damit sie ihre vielfältigen Erfahrungen bis zur Pensionierung nutzbringend einsetzen können.

Wirksamer Klimaschutz

Wir erachten die Klimakrise als die grosse Bedrohung für die kommenden Generationen. Im Parlament werden wir alle Massnahmen unterstützen, welche die CO₂-Emissionen im Inland und Ausland reduzieren. Dazu gehören der forcierte Ausbau der erneuerbaren Energien, die Verlagerung der Mobilität auf weniger umweltschädliche Verkehrsmittel, die energetische Sanierung von Altbauten sowie die Klimafonds- und die Finanzplatzinitiative.

Wir unterstützen Bemühungen, die Kreislaufwirtschaft zu implementieren, damit Ressourcen geschont werden, die Biodiversität erhalten bleibt und das ungebremste Wachstum eingedämmt wird.

Einer der grössten Energiesünder ist der Finanzplatz. Wir kämpfen deshalb für die Verpflichtung der Banken, fortan in einheimische und ausschliesslich in nachhaltige Energieproduktion zu investieren.

Friedenssicherndes Europa

Seniorinnen und Senioren kennen die friedenssichernde Bedeutung der EU. Unsere Stimme dazu soll lauter werden, auch zur Durchsetzung der Menschenrechte weltweit.

Die **SP60+** will den Worten Taten folgen lassen mittels

- Verstärkung des humanitären Engagements der Schweiz
- Wiedereinführung des Botschaftsasyls, um Flüchtenden die gefährlichen Fluchtwege zu ersparen
- Verstärkte Zusammenarbeit mit Europa

Die geographische Lage der Schweiz mitten in Europa prägt ihr Schicksal mit:





Eine wirksame Energiepolitik ohne länderübergreifende Zusammenarbeit ist nicht möglich. Auch die Forschung ist auf eine enge Zusammenarbeit angewiesen. Junge Forscherinnen und Forscher sollen Zugang zum europäischen Forschungsprogramm «Horizon Europe» haben: «Horizon Europe» statt Horizontverengung.

Um den Lohnschutz zu sichern, setzt sich die **SP60+** für einen verstärkten Dialog mit der EU ein.

Durchsetzung von Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft

Die Kaufkraft in der Schweiz sinkt – für denselben Geldbetrag erhält man/frau immer weniger Güter und Dienstleistungen. Davon sind vor allem jene 720'000 Menschen betroffen, die unter der Armutsgrenze leben. Die Inflation bringt aber auch viele Familien mit Kindern in materielle Bedrängnis. Nicht zuletzt schmälert sie die Renten der Alten und Behinderten, von denen manche bereits heute ein äusserst knappes Auskommen haben.

Die **SP60+** setzt alles daran, den Kaufkraftverlust bei der einkommensschwachen Bevölkerung und der Mittelschicht zu bekämpfen:

- mit einem gesetzlich garantierten Teuerungsausgleich bei den Löhnen,
- mit einer regelmässigen Anpassung der Alters- und Behindertenrenten an die steigenden Lebenshaltungskosten,
- mit einem wirksamen Schutz der Mieterinnen und Mieter vor ungerechtfertigten Mietzinserhöhungen,
- mit der Volksinitiative «Entlastung bei den Krankenkassenprämien» (diese wird dafür sorgen, dass künftig kein Haushalt mehr als 10 Prozent seines Einkommens für die Krankenkasse ausgeben muss),
- mit einer verstärkten Preiskontrolle bei Gütern des täglichen Bedarfs durch den eidgenössischen Preisüberwacher

Existenzsichernde Altersvorsorge

Frauen erhalten ein Drittel weniger Altersrente als Männer. Diese Ungleichheit wird verschärft durch die Reform «AHV 21», die letztes Jahr – mit einem der knappsten Ergebnisse aller Zeiten – an der Urne angenommen wurde.

Weitere finanzielle Einbussen erleiden Pensionierte, weil es bei den Pensionskassenrenten keinen obligatorischen Teuerungsausgleich gibt, obwohl dies vom Bundesrat seit 50 Jahren versprochen wird. Dazu kommt, dass viele private Pensionskassen unverhältnismässig hohe Verwaltungskosten verrechnen.

Für die **SP60+** ist klar: Wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll in Würde und finanzieller Sicherheit den Lebensabend geniessen. Darum wird eine **SP60+**-Vertretung in Bern alle weiteren Abbauersuche bei der AHV und den Pensionskassen vehement bekämpfen und stattdessen eine Erhöhung der tiefsten Renten anstreben.

Ein erster Schritt dazu ist die Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente – analog dem 13. Monatslohn – die nächstes Jahr zur Abstimmung kommen wird. Unvermindert aktuell bleibt die Forderung nach der Angleichung der Frauenrenten an die der Männer sowie die Eindämmung der Geldabschöpfung und Gewinnmaximierung bei den privaten Pensionskassen, hinter denen zumeist Banken und Versicherungen stehen.

Altersgerechtes und bezahlbares Wohnen und hindernisfreie Wohnorte, öffentlicher Verkehr, Verkehrsflächen

Die Hoffnung auf günstiges Wohnen im Alter erweist sich für immer mehr Menschen als Illusion. Massenhaft werden Wohnhäuser mit preiswerten Mietwohnungen abgerissen und durch teure Neubauten ersetzt – aus reinen Renditeüberlegungen. Dies trifft Seniorinnen und Senioren in der Regel besonders hart. Sie werden aus der vertrauten Umgebung vertrieben und geraten in Bedrängnis, weil es an alternativen Wohnmöglichkeiten für das Alter fehlt. Die **SP60+** engagiert sich deshalb mit Nachdruck für einen massiven Ausbau des Angebots an bezahlbarem Wohnraum auch für die ältere Generation.

Viele ältere Menschen möchten in kleinere Wohnungen umziehen, finden aber kein erschwingliches Angebot auf dem Wohnungsmarkt. Umgekehrt finden Familien mit Kindern oft keine genügend grosse Wohnung, die sie sich leisten können.

Die **SP60+** setzt sich deshalb dafür ein, dass ein Recht auf Wohnungstausch (bei vergleichbaren Mieten) im Mietrecht gesetzlich verankert wird.

Seniorinnen und Senioren wird eindringlich geraten, sich auch im Alter viel zu bewegen und auch geistig aktiv zu bleiben.

Betagte Menschen, die körperlich dazu imstande wären, schränken ihre Mobilität häufig dennoch ein – auf Grund widriger äusserer Umstände.

Die **SP60+** macht sich darum für verschiedenste Massnahmen stark, mit denen die Mobilität der älteren Menschen im öffentlichen Raum erleichtert werden kann:

- Sie unterstützt die Inklusions-Initiative, mit der ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen in der Verfassung verankert wird,
- Sie setzt sich ein für Fahrpreisvergünstigungen im öffentlichen Verkehr,



- Sie engagiert sich für Massnahmen zum Schutz von Fussgängerinnen und Fussgängern.

Hochstehende und bezahlbare Alltagsunterstützung, Betreuung und Pflege

Es ist ein Grundrecht aller Menschen, dass sie bis ins Alter – unabhängig von ihren Finanzen – Zugang zu einer qualitativ hochstehenden Pflege und Betreuung haben.

Mit der wuchtigen Zustimmung zur Pflegeinitiative haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger 2021 – gegen den Willen der rechten Parteien –, ihre Meinung zum Ausdruck gebracht, dass hier vieles im Argen liegt.

Die **SP60+** kämpft dafür, dass die Forderungen der Pflegeinitiative umgehend umgesetzt werden. Dazu soll ein nationales Rahmengesetz geschaffen werden, das die Betreuung im Alter, die Langzeitpflege und die Begleitung in der letzten Lebensphase mit einem zeitgemässen Angebot von schmerz- und angstlindernden Massnahmen («Palliative Care») umfassend regelt. Nicht zuletzt soll darin die Abschaffung der Kostenbeteiligung der pflegebedürftigen Personen und die vollständige Übernahme der Pflegekosten durch die Krankenkassen vorgeschrieben werden – so wie sie bei der Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung im Jahr 1996 in Aussicht gestellt wurde.

Zur medizinischen Pflege gehören auch Betreuungsleistungen wie Alltagsunterstützung, Beratung und Begleitung. Müssen die Kosten für die Betreuung von den Betroffenen selbst übernommen werden, führt dies zu einer Zweiklassenversorgung im Gesundheitswesen. Dagegen wehrt sich **SP60+** mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln.

Älteren Menschen muss es – auch bei Behinderungen oder Einschränkungen – möglich sein, soziale Beziehungen wahrzunehmen und in der Gemeinschaft zu leben. Sie sollen Kultur erleben und mitgestalten können

Für die **SP60+** ist klar: Pflege und Betreuung sind ein integraler Bestandteil des Service public.

«Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl des Schwachen.»

(Einleitung zur Schweizerischen Bundesverfassung)



SP 60+ Kanton Zürich
Gartenhofstrasse 15
8004 Zürich
sp60@spzuerich.ch

60.spkantonzh.ch